An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language [illegible] American citizens [illegible] read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Nebr., Dienstag, den 9. März 1920 8 Seiten—No. 309

Nebraska State Historical Society

„Liga wie vorgesehen, oder überhaupt keine"

So entscheidet Präsident Wilson in einem Schreiben an Sen. Hitchcock; bezeichnet Einwand zu Artikel 10 als Vertrauensbruch

Das Volk wird wohl das letzte Wort haben

Washington, 9. März. (Von L. C. Martin, Korrespondent der United Preß.) „Die Völkerliga, wie sie von der Friedenskonferenz angenommen worden ist, oder überhaupt keine Liga"; das ist der Standpunkt, den Präsident Wilson nach Ansicht von Senatoren beider Parteien nach Bekanntgabe seines Schreibens an Senator Hitchcock einnimmt. In demselben weist er den Demokraten den Kurs an, den sie einzuschlagen haben, gibt ihnen Verhaltungsmaßregeln und bezeichnet die Einwände als eine Aufhebung der Konstitution der Völkerliga. Er sagt, daß die Ablehnung oder Amendierung des Artikels 10 ein Vertrauensbruch den Alliierten gegenüber bedeute, und daß, falls die Ver. Staaten nicht der Liga beitreten können mit dem Bewußtsein, Verpflichtungen zu übernehmen, man sich so anständig wie möglich von dem Konzert der Mächte zurückziehen solle.

Er verlangt, daß man die Hände von Artikel 10, dessen Autor er ist, weghalten soll; derselbe bilde den Grundstein der Liga; er komplimentiert die Alliierten, daß sie gewissen amerikanischen Einwänden beipflichten; beschuldigt aber Frankreich und Italien des Militarismus und erklärt, daß er die „Rettung der Welt dem Rat der Diplomaten nicht anvertrauen würde".

Borah und Hitchcock, Vertreter von Richtungen, die sich diametral gegenüberstehen, sind sich darin einig, daß das Schreiben des Präsidenten an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lasse. Hingegen geben sich jene Senatoren, die für einen Kompromiß eintreten, immer noch der Ansicht hin, daß Präsident Wilson, wenn es über die Einwände zu Artikel 10 zur Abstimmung kommt, geneigt sein wird, die Bestimmungen der Zweiparteienkonferenz zu Artikel 10 gutzuheißen.

Die Frage, inwieweit das Schreiben des Präsidenten die demokratischen Senatoren, die sich als schwankend erwiesen haben, beeinflußt, wird bei der Schlußabstimmung entschieden werden. Nach Hitchcocks Ansicht wird Wilson's Schreiben keinen Stimmungswechsel hervorrufen.

Die „Unversöhnlichen" unter den Republikanern sind erfreut, daß der Präsident einen so entschiedenen Standpunkt eingenommen hat. Borah behauptet, daß die Vertragsfrage ohne Zweifel dem Volke zur Abstimmung unterbreitet werden wird. Die „milden Einwändler" aber dürften durch Wilson's Erklärungen wieder ins Lager getrieben werden. Lodge und seine Anhänger sagen, Wilson's Schreiben sei „typisch", und Lodge kann sich einer gewissen Schadenfreude nicht erwehren, wenn er auf „Wilson's Angriff auf Frankreich" verweist.

Die Senatoren Borah und McCormick werden Wilson's Antwort an Hitchcock wahrscheinlich schon heute zur Sprache bringen.

Der Senat hat nunmehr beschlossen, über alle vorliegenden Einwände schnell hinwegzugehen, um die Debatte über Artikel 10 zu eröffnen und darüber abzustimmen.

Senator Gore unterbreitete gestern einen Einwand, welcher darauf abzielt, zu verhindern, daß Großbritannien ein Monopol über die Oelquellen in Mesopotamien und Persien erhält.

Deutschland sucht Rußland's Märkte

Berlin, 9. März. — In deutschen Industriekreisen herrscht Unruhe und Besorgnis, weil man überzeugt ist, daß England mit Soviet-Rußland im günstigen Augenblick Frieden zu schließen beabsichtigt, und daß die in gewissen Kreisen Londons zur Schau getragene Zurückhaltung nur den Zweck hat, die wahren Absichten, nämlich, daß England den russischen Handel an sich reißen wolle, zu verdecken. Immer stärker wird der Druck auf die Regierung, nicht bis zuletzt mit der Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen und mit der Anerkennung der Sovietregierung zu warten.

Die leitenden Finanzmänner und Industrieellen, fürchten nur, daß England fortfahren werde, nach außen hin den Eindruck, daß es sich der Sovietregierung fernhalte, und sie nicht anerkennen würde, aufrecht zu erhalten, bis der britische Handel Zeit gehabt habe, sich im russischen Markte so gründlich festzusetzen, daß sein Vorteil über Amerika und Deutschland groß genug geworden ist, um den britischen Geschäftsinteressen die Kontrollierung des russischen Handels zu sichern. Nicht geringes Erstaunen gibt sich darüber kund, daß der amerikanische Handel sich habe irreführen lassen, statt den gleichen Unternehmungsgeist und Antrieb zu zeigen, den die Engländer bekunden. Hier gewinnt der Gedanke mehr und mehr an Kraft, daß die deutschen Handelsinteressen sich mit den amerikanischen verbinden sollten, um für die Erlangung des russischen Handels zu kämpfen. In Anbetracht dessen, daß die Engländer sich in Reval, Riga, Memel, Danzig und Köln festgesetzt haben, in Budapest ein britischer politischer Brückenkopf errichtet ist, und in Warschau der englische und französische Einfluß vorherrscht, fühlt die deutsche Industriewelt sich der Gnade Englands ausgeliefert und sieht ein, daß ihre einzige Hoffnung auf Erlangung eines gebührenden Teiles des russischen Handels darin liege, daß sie mehr oder weniger Agent und Mitarbeiter Amerikas werde.

Anti-Saloon League gibt nichts bekannt

New York, 9. März.—Der Oeffentlichkeit wird keine Einsicht in die Bücher der Anti-Saloon League gestattet werden. Anderson, der Staatssuperintendent der Anti-Saloon League, sagt, daß er über die finanziellen Beiträge und deren Geber genau Buch geführt habe, daß er die Namen und Summen nicht zugeben gedenke. Befragt, ob Zeitungsvertretern gestattet werden würde, Einsicht in diese Bücher zu nehmen, sagte er in kurzer und schroffer Weise „nein."

Neues Deutschland eine Bundes-Republik

Kopenhagen, 9. März. — Der Flensburger Geistliche Dr. Rudolf Muß hat in einem Interview im Politiken erklärt, daß das Ende der politischen Entwicklung Deutschlands eine Republik von verbündeten Staaten nach der Art der Ver. Staaten sein würde. Dr. Muß ist einer der langjährigen Wortführer der Deutschen in Nordschleswig, und einer der Urheber der Bewegung, den nach der Abstimmung deutschbleibenden Teil von der Verbindung mit Preußen loszulösen. Diese Bewegung nahm im August letzten Jahres ihren Anfang und hat über 70,000 Anhänger gefunden.

Ein einträglicher Posten.

London, 9. März.—Der britische Botschafter in Washington wird ein Jahreseinkommen von 20,000 Pfd. Sterling das Jahr erhalten; das Gehalt ist auf 2500 Pfd. bestimmt; zwecks Wahrung seines Standes, für Vergnügungen usw., sind 17,500 Pfd. Sterling ausgesetzt. So kündigte Lloyd George im britischen Unterhause an.

Sprecher Gillett bedarf der Ruhe.

Washington, 5. März.—Sprecher Gillett machte den Abgeordneten die Mitteilung, daß Aerzte ihm unbedingte Ruhe anbefohlen hätten. Er wird sich während der nächsten zehn Tage von allen Geschäften zurückziehen. Das Haus gestattete ihm, einen Stellvertreter zu ernennen, damit Bills von diesem unterzeichnet werden können.

Hindenburg nimmt die Kandidatur an

Von den Konservativen mit Jubel begrüßt; Sozialisten fürchten Wirkung auf das Ausland.

Berlin, 9. März.—Die Anzeige, daß Feldmarschall von Hindenburg seine Einwilligung gegeben habe, als Kandidat für die deutsche Präsidentschaft aufzutreten, wird von den konservativen und all-deutschen Blättern freudig begrüßt. Diese Blätter stellen ihn einmütig als einen „unpolitischen und unparteiischen" Kandidaten für das Amt und als den einzigen Mann hin, der imstande ist, das deutsche Volk wieder zu einigen. Dagegen erklärt der „Vorwärts", das Organ der Mehrheitssozialisten, die Kandidatur Hindenburgs „als die größte Dummheit, die Hindenburg unter dem Einfluß von Helfferich und Ludendorff begehen konnte." Er prophezeit, daß seine Erwählung „die gewaltige Bewegung für eine Revision des Friedens von Versailles, die im Auslande täglich an Kraft gewinnt," endgültig zum Versagen bringen würde.

Nebraska erhält keine „Whiskey Permits"

Lincoln, 9. März. — Gouverneur McKelvie richtete kürzlich an den Binnensteuerkommissär Roper ein Schreiben, in dem er die Bundesbehörde ersuchte, die Ausstellung von Erlaubnisscheinen für den Verkauf von Spirituosen für medizinische Zwecke im Staat Nebraska zu verbieten, da Nebraska ein „knochentrockener" Staat sei. In seiner Antwort erklärt Roper, daß in allen Staaten, wo die Ausstellung dieser Erlaubnisscheine im Widerspruch zu den Staatsgesetzen steht, die Regierungsbehörden von der Erteilung dieser Erlaubnis Abstand nehmen würden.

Konstantinopel von Alliierten besetzt

Paris, 9. März.—Der Petit Parisien meldet, daß Konstantinopel unter den Bestimmungen des Friedensvertrags von Truppen der Alliierten besetzt worden ist. Unter den Besatzungstruppen befinden sich eine Division und eine Brigade Franzosen. Dieselben stehen unter dem Befehl des Generals d'Espery. Britische und italienische Streitkräfte in Konstantinopel werden verstärkt. — (Ueber die gestern gemeldeten Kämpfe in Konstantinopel wird heute nichts berichtet; allem Anschein nach waren die angeblichen Unruhen stark aufgebauscht. Die Red.)

Gegen Regulierung der Groß-Schlachthäuser

Washington, 9. März.—Die Gegner der gesetzlichen Regulierung der Großschlächtereien begannen heute ihre Sache dem landwirtschaftlichen Komitee des Hauses vorzulegen, nachdem die Befürworter einer solchen Gesetzgebung ihre Aussagen vollendet haben. J. C. Thurman, Vicepräsident der Oklahoma Live Stock Producers Association, erklärte, daß die geplante Regulierung der Großschlächtereien durch die Bundesregierung unnötig sei und den Produzenten sowohl, als den Konsumenten Schaden tun würde. Seiner Meinung nach ist die Fleischindustrie genug angegriffen worden, und die Regierung könne Industrien finden, die einer Regulierung mehr bedürftig wären.

Danzig in Freiheit gesetzt.

Berlin, 9. März.—Die „Freiheit" berichtet, die oberste Militärbehörde habe beschlossen, den Haftsbefehl gegen Ernst Daumig, Präsidenten des Nationalrats, zurückzuziehen. Auch wurde Daumig's Entschädigungsforderung für 45tägige Freiheitsentziehung bewilligt.

Herr Daumig, welcher Führer des radikalen Flügels der Unabhängigen Sozialisten ist, wurde am 20. Jan. auf Anordnung der Regierung in Haft genommen und zwar in Verbindung mit dem blutigen Krawall vor dem Reichstagsgebäude, bei welchem eine Anzahl Leute getötet und viele verwundet wurden.

Die Rußland gegebenen Versprechungen gälten heute nicht mehr, erklärt Lolyd George. Das sagen ungetreue Liebhaber, wenn sie eine andere Flamme gefunden, gewöhnlich.

Verhandlungen über Prohibitions-Frage

Regierungsverfahren für gefährlicher erklärt, als alle demagogischen Umtriebe.

Washington, 9. März.—Der Angriff Rhode Islands auf das Prohibitionsamendement wurde im Oberbundesgericht gestern eröffnet, von der Klägerin als revolutionär und als einen Eingriff in die Staatsrechte hingestellt und von der Regierung als berechtigter Zusatz zum Grundgesetz des Landes verteidigt, über welchem dem Gericht keine Entscheidung zustehe. Der Gerichtssaal war von Zuschauern überfüllt. Generalanwalt Rice von Rhode Island unternahm die erste Attacke für den klagenden Staat, und Hülfsanwalt Frierson antwortete für die Bundesregierung. Das Verhör wird heute fortgesetzt werden, an welchem Tage auch vielleicht die Berufungen von Massachusetts und Kentucky zur Verhandlung gelangen.

Rice behauptete, daß „eine konstitutionelle Revolution durch Verfassungszusätze vorgenommen" würde. Er hielt die von der Regierung vertretene Ansicht für gefährlicher als alle demagogischen Umtriebe während des Weltkrieges.

Die Rechte, die dem Volke unter dem 10. Amendement verliehen worden, könnten ihm nicht wieder genommen werden. Rice führte aus, daß das Prohibitionsgesetz eine Folge der falschen Auffassung des Gesetzes durch den Kongreß sei, und daß die Bundesregierung nicht berechtigt sei, eine solche Veränderung in der Verfassung vorzunehmen. Die Bestimmungen des Prohibitionsgesetzes ständen außerhalb der Sphäre der Verfassung.

Frierson legt dar, daß nichts Revolutionäres in der Annahme eines Zusatzes enthalten sein könnte, der „eine grundsätzliche gesetzliche Regel" für alle Staaten einführte. Mit demselben Recht könnte ein Staat im Bundesgericht die Aufhebung eines Strafgesetzes als verfassungswidrig beantragen. Er habe das Obergericht nie als ein Forum aufgefaßt, vor dem die respektiven Rechte zweier Regierungen debattiert werden sollten.

Prohibitionsstaaten zeigen solide Front.

Gegen das Vorgehen von Rhode Island und die Spirituoseninteressen von Kentucky und Massachusetts sind 24 Prohibitionsstaaten aufmarschiert.

Chas. E. Hughes, Jr., der an Stelle seines Vaters die Allianz der trockenen Staaten vertritt, reichte seine Eingabe an das Obergericht ein, kurz nachdem Elihu Root seine Eingabe für die Brauereien eingegeben hatte. Den ursprünglichen 21 trockenen Staaten, welche für die Aufrechterhaltung der Prohibition kämpfen, haben sich noch drei weitere angeschlossen, so daß der Trockenbund jetzt folgende Staaten umfaßt: Delaware, North Carolina, Kentucky, Louisiana, Indiana, Mississippi, Alabama, Maine, Arkansas, Michigan, Florida, Oregon, Kansas, West Virginia, Nebraska, Nevada, Colorado, Montana, North Dakota, South Dakota, Idaho, Wyoming, Utah und Arizona.

Banditen machen reiche Beute.

Los Angeles, Cal., 9. März.—Vier Banditen drangen letzte Nacht in den „Fifth Street Store" und erbeuteten Liberty Bonds und Bargeld im Betrage von zwischen $25,000 und $30,000. Die beiden Wächter wurden von den Räubern überwältigt und gefesselt, und nach dreistündiger Arbeit gelang es ihnen, den Geldschrank zu sprengen.

Rumänien erhandelt Bessarabien.

Paris, 9. März.—Der rumänische Premier Vaidavovod hat die Zustimmung des Großen Rats zur Schlichtung der bessarabischen Frage in Uebereinstimmung mit rumänischen Wünschen erhalten und dafür versprochen, ungarisches Gebiet zu räumen und sich im Verhalten zur Budapester Regierung nach den Wünschen der Alliierten zu richten.

Montgelas nach Mexiko.

Berlin, 9. März. — Graf Adolf Montgelas, Vorsteher der Amerikanischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, ist, laut Tageblatts, zum Gesandten in Mexiko bestimmt worden und der mexikanischen Regierung willkommen. Er ist mit Fanny Hazeltine aus Grand Rapids, Mich., verehiratet.

Foch und Lord Cecil geteilter Ansicht

Foch fürchtet die Erstarkung Deutschlands; der Brite hält seinen Aufbau für notwendig.

Paris, 9. März—Marschall Foch, der Höchstkommandierende der französischen Armeen, erklärte in einem Interview, daß er bezweifle, ob die Völkerliga den Weltfrieden und die Sicherheit Frankreichs verbürgen könne. Jedenfalls würde es eine lange Zeit dauern, bevor sie eine solche Aufgabe erfüllen könne. Ueber den Wert der Liga könne kein abschließendes Urteil gefällt werden, so lange eine solche nicht vollständig erschaffen sei. „Aber als Soldat glaube ich, daß Frankreich nur durch eine greifbare Sicherheit, wie sie z. B. die Rheingrenze bildet, geschützt werden kann. Deutschland wurde durch den Krieg weder zerschmettert, noch verstümmelt. Es bleibt eine Gefahr für Frankreich."

Soweit Marschall Foch. Dagegen erklärt Lord Robert Cecil folgendes:

„Schlachten zu gewinnen ist nicht länger die Aufgabe der Welt. Die wichtigste Frage ist jetzt, wie der Wiederaufbau Europas zu vollziehen ist, denn wenn Europa zerbröckelt ist, ist die Zivilisation der ganzen Welt von einem beispiellosen Zusammenbruche bedroht. Alle europäischen Nationen stehen am Rande eines wirtschaftlichen Abgrundes. Die wichtigste von ihnen allen ist Deutschland. Darum muß sein Ruin abgewendet werden. Eine gründliche Abänderung des Friedensvertrages ist nicht umgänglich notwendig, aber einige wesentliche Punkte müssen eine neue Auslegung erhalten. Man muß sich schnell darüber einig werden, wie viel Deutschland bezahlen kann und bezahlen sollte. Es ist immöglich, zu gleicher Zeit zwei Pläne zu verfolgen, nämlich Deutschland zu schwächen und mächtlos zu machen, und daneben zu verlangen, daß es Billionen zahle.

Deutschlands Wiedergeburt mag eine Gefahr in sich schließen, und um dieser entgegentreten zu können, ist der Völkerbund ins Leben gerufen worden. Aber wenn Frankreich das linke Ufer des Rheins behalten sollte, so wurde es sich nur eine Bürde aufgeladen haben.

Der Völkerbund besteht, wenn er auch durch die Abwesenheit der Ver. Staaten geschwächt worden ist. Auch in seinem jetzigen Umfange bietet er eine bessere Gewährleistung für Frieden als Teilbündnisse.

Es steht den Völkern der Welt zu, das Urteil über das Ereignis dieses neuartigen Versuches zu sprechen. Wenn der Völkerbund nicht erfolgreich ist, mag die Zivilisation der Welt die Buße entrichten müssen, denn wir werden den Völkerbund mit unseren eigenen Händen umgebracht haben."

Arbeiten des republ. National-Komitees

Chicago, 9. März.—Es wurde heute bekannt gegeben, daß die Ernennung der vorläufigen Beamten für die republikanische Nationalkonvention, welche hier am 8. Juni zusammentritt, im April in Chicago erfolgen wird. Eine Einberufung des republikanischen Arrangierungskomitees wird in den nächsten 14 Tagen erfolgen. Für den Vorsitzenden sind bis jetzt nur zwei Personen ins Auge gefaßt worden: Sen. Lodge, der Führer der Senatsmehrheit, und der frühere Staatssekretär Elihu Root. Die Anhänger des Generals Wood begünstigen Root, dessen Gehülfe während der zweiten Amtszeit Roosevelts, F. H. Hitchcock, ist der Kampagneleiter Woods. Andere Möglichkeiten für die Stellung eines vorläufigen Vorsitzenden sind der frühere Senator Dixon, Montana, und Senator McCormick, Illinois. Der Entwurf des republikanischen Parteiprogramms macht günstige Fortschritte. Im Hauptquartier der Republikaner in Washington sind über 1,000 Antworten auf das mit Preisen von $10,000 bedachte Ausschreiben des früheren Gesandten in Persien, T. Beale, wegen der besten republikanischen Platform eingegangen.

Deutsche Flagge wieder respektiert.

London, 9. März.—Wie ein kürzliche Admiralitätsorder verfügt, wird die deutsche Nationalflagge (schwarz-rot-gold) wieder von britischen Fahrzeugen gegrüßt werden, da zwischen dem britischen Reich und der deutschen Republik der Friede herrscht.

Berufst Euch bei Einkäufen auf diese Zeitung.

Konstantinopel dauernd besetzt

Briten gehen von der Ansicht aus, daß das Tor des Ostens zum Schutz des Handels der Alliierten gesichert werden müsse

Frankreich über Verhalten Alliierter verschnupft

London, 9. März. (United Preß.) Eine heute hier eingetroffene Depesche meldet, daß sich in Konstantinopel eine neue Regierung gebildet habe, an deren Spitze Salf Pascha steht; die meisten früheren Mitglieder gehören diesem Kabinett an. Die genaue Lage in Konstantinopel ist gegenwärtig noch unklar. Jüngst offizielle Nachrichten lassen erkennen, daß über Konstantinopel das Kriegsrecht verhängt worden ist und daß alliierte Truppen dort ihren Einzug gehalten haben. Es verlautet, daß die Araber, Mesopotamier und Thrazier von den Türken gegen die Alliierten aufgehetzt werden.

Die Lage der französischen Streitkräfte in Cilicia (Türkisch-Kleinasien) wird als gefährlich bezeichnet. Sie werden von starken Haufen türkischer Nationalgarden, die unter dem Befehl Mustaphas Kemal, des Führers türkischer Rebellen, stehen, bedroht.

Die Besetzung Konstantinopels wird, so heißt es, dauernd sein, denn die Briten gehen von dem Standpunkte aus, daß die Sicherheit des Handels der Alliierten von dem Schutz des „Tors nach dem Osten" abhängt. In Konstantinopel haben gestern mehrfach Aufstände stattgefunden, indessen ist man der Ansicht, daß die Alliierten dort genügend Truppen haben, um ein Umsichgreifen der Unruhen zu verhindern.

Französische Depeschen lassen erkennen, daß die Pariser Regierung über die Wendung der Dinge in der Türkei ungehalten ist. Sie ist von dem Gefühl durchdrungen, daß Großbritannien, Italien und Griechenland sich verbunden haben, um ein Programm durchzuführen, welchem Frankreich opponiert.

Inzwischen liegen Anzeichen vor, daß die Friedenskonferenz sich wieder mit der türkischen Frage beschäftigen wird, um das türkische Problem endgültig zu erledigen. Die von Lloyd George im britischen Unterhause abgegebene Erklärung, daß die Regierung Information erhalten habe, wonach 16,000 Armenier in Kleinasien von Türken massakriert worden sind, wird dahin aufgefaßt, daß Großbritannien umfassende militärische Vorbereitungen zum Schutz der Armenier treffen wird.

Franzosen verlangen deutsche Entschuldigung

Berlin, 9. März—Das Haupt der hiesigen französischen Mission, General Nollet, hat den deutschen Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, aufgesucht und von ihm eine formelle Entschuldigung der deutschen Regierung wegen des Angriffs deutscher Staatsbürger auf französische Offiziere im Hotel Adlon verlangt. Gleichzeitig wird die Bestrafung des Prinzen Joachim, der die Keilerei begann, verlangt. Müller sprach das Bedauern der Regierung über den Vorfall aus und stellte eine formelle Entschuldigung und die Bestrafung der Schuldigen in Aussicht. Außerdem erklärte der französische Vertreter, daß Belgien und Italien Schadenersatz für die kürzlichen Angriffe auf britische, italienische und belgische Soldaten verlangten, die zu Prenzlau stattgefunden haben und bei welchen mehrere Soldaten verwundet wurden.

Sozialisten wollen sich Arbeitern annähern

Milwaukee, Wis., 9. März.—Die sozialistische Partei hat an die organisierte Arbeiterschaft das Ansinnen gestellt, für den kommenden Wahlfeldzug mit ihr gemeinsame Sache zu machen. Der nationale Vollzugsausschuß, der hier tagt, hat die Arbeiterverbände ersucht, die sozialistische Nationalkonferenz in New York mit Delegaten zu beschicken. Diese war anfänglich auf den 8. Mai festgesetzt, wird aber wahrscheinlich auf den 1. Mai verlegt werden, um mit der allgemeinen Maifeier zusammenzufallen.

Alliierte müssen Deutschland helfen

Paris, 9. März.—In einer Berliner Depesche an das Journal heißt es, daß die deutsche Regierung den Alliierten kommenden Mai ein weiteres Memorandum unterbreiten wird. In demselben soll darauf verwiesen werden, daß Deutschland unbedingt eines Kredits von 45,000,000,000 Mark bedarf, und dieser müsse von den Alliierten beschafft werden. Ferner wird darauf gedrungen werden, die Bestimmungen, welchen das Okkupationsgebiet unterworfen ist, zu mildern.

Bestimmungen des Rats der Premiers

Genf, 9. März.—Wie der französische Schriftsteller Lausanne berichtet, hat der Rat der Premierminister in der Londoner Konferenz sich auf folgende drei Hauptpunkte geeinigt:

Beschränkung der Papiergeldausgabe in Europa.

Ankauf und Verteilung von Rohstoffen durch eine Zentralstelle aller europäischen Länder.

Beschleunigung der Abrüstungen aller Länder. Des weiteren habe die Konferenz Deutschland wirtschaftliche Hilfe versprochen. Frankreich werde allen diesen Entscheidungen mit unbedeutenden Veränderungen zustimmen. Lausanne ist soeben von London zurückgekehrt, wo er mit den französischen Vertretern in enger Fühlung stand.

Die Nachricht, daß eine Sendung von $250,000,000 in Gold nach den Ver. Staaten zur Hebung des Wechselkurses geplant wird, wird von den Finanzredakteuren der Londoner Blätter für unrichtig erklärt, denn so viel Gold stehe gar nicht zur Verfügung.

Luftverbindung nach Manila und China

New York, 9. März.—Das Flottendepartement ist mit Vorbereitungen zur Einrichtung einer Fliegerverbindung zwischen San Francisco und Manila und von dort nach China beschäftigt. So wurde hier auf der nationalen Flierausstellung bekannt gemacht. Die Flieger für die 8000 Meilen weite Reise werden die doppelte Größe der „Nancies" haben, welche den Flug über den Atlantischen Ozean bewerkstelligten, und sind jetzt im Bau. Der Probeflug soll im nächsten Monat unternommen werden.

Eisenbahner schieben Entscheidung auf

Chicago, 9. März.—Die Delegatenversammlung der Strecken- und Werkstätten-Arbeiter hat die Entscheidung über den Streik der 400,000 Bahnarbeiter auf heute verschoben. In den gestrigen Verhandlungen hatte die Stimmung für den Streik entschieden die Oberhand. Ueber den Bericht des Komitees, welches die Unterhandlungen mit dem Präsidenten geführt hat, waren die Delegaten geteilter Meinung. Die Verhandlungen über die Frage, ob man dem neuen Bahngesetz Zeit geben solle, seinen Einfluß auf die Lohnverhältnisse zu zeigen, oder den Streik ankündigen, werden heute zu Ende geführt werden.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön heute abend und Mittwoch. Wenig Wechsel in der Temperatur.

Für Nebraska — Schön heute abend und Mittwoch. Mäßige Temperatur.

Für Iowa—Schön heute abend und Mittwoch. Wärmer im nordöstlichen Teil heute abend.